Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 2235

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Protest gegen Beschlagnahme.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, bei der Alliierten Hohen Kommission gegen die von der US-Besatzungsmacht angekündigte Beschlagnahme eines großen Geländes im Waldgebiet zwischen der Autobahn bei Weinsberg und der Zubringerstraße von Heilbronn zur Autobahn zu protestieren.

Die Bundesregierung wird verpflichtet, die Zurücknahme dieser Beschlagnahmeankündigung, deren Durchführung die fast völlige Zerstörung des Heilbronner und Weinsberger Waldbesitzes, des fast einzigen Erholungsgebietes für die Bevölkerung dieser Städte, bedeuten sowie schwerwiegende klimatische und wasserwirtschaftliche Veränderungen nach sich ziehen würde, zu fordern.

Bonn, den 10. Mai 1951

Kohl (Stuttgart)
Renner und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1